

*"Mit den Verschärfungen der Polizeigesetze drohen die Union und ihre Koalitionspartner Kernprinzipien des Rechtsstaats auszuhöhlen – darunter die Unschuldsvermutung und die Gewaltenteilung."*  
Digitalcourage 13.10.2018

*"Sollte ein umfassender Datenschutz, die Umsetzung effektiver Anonymisierungs- und Pseudoanonymisierungsstandards und das Recht auf Vergessen nicht gewährleistet werden können, wäre ein Verzicht auf die Nutzung von Big Data zu Forschungszwecken oder anderen Anwendungen die notwendige Folge."*  
Dr. Christiane Fischer, im Sondervotum zu "Big Data und Gesundheit" des Deutschen Ethikrats

Das besondere elektronische Anwaltspostfach (beA) sollte ab dem 01.01.2018 verpflichtend für alle Anwälte eingeführt werden.  
*"Wir haben uns die Spezifikationen, die Webseite und die Clientsoftware angeschaut und schlechte Spezifikationen, Probleme im Webserver und eine angreifbare Clientsoftware gefunden".*  
Markus Drenger und Felix Rohrbach, CCC 10.01.2018

## Was wir wollen...

Das regionale Bündnis 'Demokratie statt Überwachung' setzt sich mit **rechtlichen, politischen, sozialen und technischen Aspekten** der Überwachung auseinander, formuliert **politische Forderungen** und will die Öffentlichkeit und politisch Verantwortliche durch **Protestaktionen** aufrütteln.



Eine besondere Rolle spielt der zwischen Darmstadt und Griesheim gelegene **Dagger Complex**, der größte Überwachungs- und Auswertungsstützpunkt des US-amerikanischen Geheimdienstes NSA in Europa. Mehrmals haben wir vor dem Dagger Complex Kundgebungen organisiert.

Folgende **Forderungen** sind Basis für unsere Arbeit:

- Gesetzlicher Schutz vor geheimdienstlicher Überwachung und privatwirtschaftlicher Datensammlung
- Unabhängigkeit der Datenschutzbeauftragten und Erarbeitung internationaler Datenschutzregeln
- Verbot von Vorratsdatenspeicherung und Informationsrecht der Betroffenen über Datensammlungen
- Ächtung von Drohnenangriffen und anderweitiger datengestützter Verfolgung im rechtsfreien Raum
- Überarbeitung des G10-Gesetzes und des NATO-Truppenstatuts nach rechtsstaatlichen Prinzipien
- Schutz für Edward Snowden und andere Whistleblower

[www.demokratie-statt-ueberwachung.org](http://www.demokratie-statt-ueberwachung.org)

Bündnis  
**Demokratie statt Überwachung**

## Veranstaltungsreihe 2019

**17. April 2019** 19:30 Uhr

### **Aggressive Polizeigesetze und Rechtsstaatlichkeit**

Jasper Prigge, Rechtsanwalt, VDJ

TIZ Darmstadt, Robert-Bosch-Straße 7

**13. Mai 2019** 19:30 Uhr

### **Daten(un)sicherheit in der Krankenpflege**

Dr. Christiane Fischer, Deutscher Ethikbeirat

Gerhard Ertl, CIO Klinikum Darmstadt

Gewerkschaftshaus, Hans-Böckler-Saal  
Rheinstraße 50

**12. Juni 2018** 19:30 Uhr

### **Informationelle Selbstbestimmung und Digitalisierung der Alltags**

Manfred Hanesch, Rechtsanwalt Darmstadt, VDJ

Markus Drenger, CCC Darmstadt (angefragt)

Justus-Liebig-Haus, Wintergarten

Große Bachgasse 2



VDJ Vereinigung  
Demokratischer  
Juristinnen und Juristen e.V.

dieDatenschützer  
Rhein Main



COMPUTER WERK Darmstädter  
Friedensforum



Deutsche Friedensgesellschaft  
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen



## Aggressive Polizeigesetze und Rechtsstaatlichkeit

Obwohl die polizeiliche Kriminalstatistik seit Jahren einen Rückgang von Einbrüchen, Diebstählen und Gewaltdelikten ausweist, werden in fast allen Bundesländern die Polizeigesetze verschärft. In Bayern wurde 2018 das aggressivste Polizeigesetz seit 1945 verabschiedet. Bremen, NRW und andere Bundesländer zogen mit vergleichbaren Gesetzen bzw. -vorhaben nach. In Hessen implementierte die schwarz-grüne Landesregierung den berüchtigten Staatstrojaner, der Online-Überwachung von PCs und Smartphones per Schadsoftware ermöglicht, in das überarbeitete Polizeigesetz.

Gemeinsame Merkmale der Ländergesetze sind Ausweitung der Kommunikations- und Videoüberwachung, Einführung nachrichtendienstlicher Techniken, die Erweiterung von Zwangsmaßnahmen wie "Unterbindungsgewahrsam" und eine waffentechnische Aufrüstung der Polizei. Begriffe wie "Gefährder" legitimieren in einigen Landesgesetzen "präventive" Zwangsmaßnahmen und hebeln die Unschuldsvermutung aus.

Das einzig Gute ist, dass sich in vielen Ländern - u.a. in NRW Bayern, Bremen - massiver Widerstand regt.

- Was sind die Hintergründe dieser Aufrüstung nach innen?
- Was heißt das für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie?
- Wie können/müssen wir uns wehren.

### Informations- und Diskussionsabend mit

**Jasper Prigge**, Rechtsanwalt, VDJ, Landesvorstandsmitglied DIE LINKE, NRW

### In Kooperation mit **Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (VDJ)**

**Wo?** TIZ Darmstadt  
Robert-Bosch-Str. 7, Darmstadt  
**Wann?** Mittwoch, 17. April 2019, 19:30 Uhr

## Daten(un)sicherheit in der Krankenversorgung?

Die Hackerangriffe im Gesundheitswesen haben sich in den letzten drei, vier Jahren verdoppelt. Medizinische Daten sind unveränderlich und sehr persönlich. Sie können für geschäftliche, politische oder kriminelle Zwecke missbraucht werden. Die bisherigen Datenschutzmaßnahmen reichen hier nicht aus (vgl. Darmstädter Echo v. 23.1.19). Die Empfehlungen des Deutschen Ethikrates „Big Data und Gesundheit – Datensouveränität als informationelle Freiheitsgestaltung“ helfen wenig weiter. Denn diesen zufolge sollen Patientendaten reguliert und sowohl der „medizinbezogene(n) Forschung und klinische(n) Praxis“ als auch den „gesundheitsrelevanten Angebote(n) des freien Marktes“ zur Verfügung gestellt werden.

**Dr. Christiane Fischer**, Mitglied des Deutschen Ethikrates, hat ein Sondervotum abgegeben, das die informationelle Selbstbestimmung betont. Sie wird dieses Votum begründen und Vorschläge zur Verbindung von Datenschutz, Krankenversorgung und Forschung vorstellen.

**Gerhard Ertl**, CIO im Klinikum Darmstadt, wird berichten, welche Gesundheitsprojekte in Darmstadt geplant sind, und wie im klinischen Alltag mit Patientendaten umgegangen wird.

- Können die für die Krankenversorgung und Forschung nötigen Daten verfügbar gemacht werden, *ohne* dass Datenschutz ausgehöhlt wird?
- Welche Interessen und welche Gefahren verbinden sich mit dem „freien Markt“?

### Informations- und Diskussionsabend mit

**Dr. med. Christiane Fischer**, Deutscher Ethikrat, Initiative unbestechliche Ärzte "Mein Essen zahle ich selbst"

**Gerhard Ertl**, Leiter der IT Abteilung im Klinikum Darmstadt

### In Kooperation mit **Attac Darmstadt u. ver.di Südhessen**

**Wo?** Gewerkschaftshaus, Hans-Böckler-Saal,  
Rheinstraße 50, Darmstadt  
**Wann?** Montag, 13. Mai 2019, 19:30 Uhr

## Informationelle Selbstbestimmung in Zeiten der Digitalisierung des Alltags

Die Digitalisierung des Alltags – sei es die Überwachung von Verkehrsströmen, die Einführung der digitalen Patientenakte oder des elektronischen Anwaltspostfachs – bewegt sich stets im Spannungsfeld zwischen postulierten öffentlichen Interessen und der Verletzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung.

- Welche technischen Möglichkeiten, welche Interessen und welche Unsicherheiten sind mit der Digitalisierung des Alltags verbunden?
- Welche Grenzen gebietet das informelle Selbstbestimmungsrecht?

Wir erörtern diese Fragen am Beispiel besonders sensibler Datenquellen wie des elektronischen Anwaltspostfachs (beA), das einem effizienteren Rechtsverkehr dienen sollte und erhebliche Sicherheitsmängel birgt.

### Es diskutieren

**Manfred Hanesch**, Darmstädter Rechtsanwalt, Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (VDJ)

**Markus Drenger**, Chaos Computer Club Darmstadt (angefragt)

**Wo?** Justus Liebig Haus  
Große Bachgasse 2, Darmstadt  
**Wann?** Mittwoch, 12. Juni 2019, 19:30 Uhr